

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. Februar 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 13

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Gauvorfseherkonferenz 1916. — Jahresrückblicke (6. Fortsetzung).

Korrespondenzen: Koblenz. — Algen. — Seib.

Landschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegs- und Feuerungsanlagen. — Ein freigebiger Buchdrucker. — Generalkommando und Druckfabriker. — Erfolgreiche Verhandlungen im deutschen Malergewerbe. — Allgemeine Feuerungsanlage im Eisenbergewerbe. — Von der „Volksfürsorge“. — Erhöhung der Höchstpreise für Karloffeln und Gemüse. — Haushaltungen und Erwerbstätige.

□ □ Gauvorfseherkonferenz 1916 □ □

Der Krieg, von dem ein großer Philosoph einst sagte, er sei der „Vater aller Dinge“, stellt wohl alle Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung vor ungeahnte Schwierigkeiten. So viel Neues dringt auf uns ein und so sehr verschiebt sich der Anblick vieler Dinge, daß ein Umdenken und Umlernen auf manchen Gebieten zur unabweisbaren Notwendigkeit wird. Insbesondere werden die wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeiter, die Gewerkschaften, fast täglich vor neue Aufgaben mit neuen Anforderungen gestellt. Um trotzdem praktisch wirksam zu bleiben, ist es erforderlich, sich den veränderten Verhältnissen im Wirtschaftsleben möglichst anzupassen. Und wenn alle in der Kriegszeit getroffenen Maßnahmen auch mehr oder minder nur Ausnahmecharakter tragen, so gilt es doch, sie, auf Durchführbarkeit und Wirkung gewissenhaft zu prüfen.

Aus diesen Erwägungen allgemeiner Natur leitete sich auch die Notwendigkeit der am 24. Januar d. J. abgehaltenen Gauvorfseherkonferenz her, nachdem erst vor fünf Monaten eine solche stattgefunden hatte. Die diesmalige, von vornherein auf eine dreitägige Dauer berechnete Konferenz tagte wiederum im Berliner „Gewerkschaftshaus“. Sämtliche 23 Gauen hatten dazu ihre Vertreter entsandt. Außerdem nahmen der gesamte Verbandsvorstand, die Gehilfenbeisitzer im Tarifamt sowie Vertreter der Zentralkommissionen der einzelnen Sparten und der „Korr.“-Redaktion daran teil.

Die Tagesordnung wies sehr inhaltsreiche Beratungspunkte auf. Kollege Döblin eröffnete die Konferenz mit ehrenden Worten für die vielen Opfer aus den Reihen der Verbandskollegenschaft, die der Weltkrieg bisher schon forderte. Wieviel Hoffnung und Sehnsucht mache doch der Verlust eines jeden von ihnen zunichte! Weiter gedachte der Redner unserer feldgrauen Kollegen, die eingedenk ihrer gewerkschaftlichen Disziplin auch im Dienste des Vaterlandes ihre Pflicht getreulich erfüllen. An diese Ehrung schloß sich der Bericht über die gewerbliche Lage, der sich auf die wichtigsten Vorgänge der letzten Zeit beschränkte. Dabei wurden vom Verbandsvorstand alle Momente eingehend gewürdigt, die zu einer Erschwerung der Situation innerhalb unseres Gewerbes beitragen. Nicht in letzter Linie kamen hierbei die außerordentlich hohen Einberufungen von Buchdruckergehilfen zum Militär in Betracht, die in einer Reihe von Orten einen fühlbaren Gehilfenmangel herbeiführten, namentlich in den Spezialberufen. Da in der Gehilfenschaft naturgemäß ein lebhaftes Interesse an der ungehinderten gewerblichen Produktion besteht, hat es der Verband schon seit Kriegsbeginn an Hilfsmaßnahmen verschiedenster Art nicht fehlen lassen. Auch der Beschaffung von Ersatzpersonal für einberufene Spezialkräfte wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet,

und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dadurch mancher Anzulänglichkeiten gesteuert worden ist. Der erzielte Erfolg wäre aber ein noch weit besserer gewesen, wenn auch die Prinzipale in ihrer Mehrheit hochzeitig entsprechende Vorkehrungen getroffen haben würden. Das war leider nicht der Fall. Wenn die Gehilfenorganisation dessenungeachtet den vom Tarifamt neuerdings getroffenen tariflichen Ausnahmen ihre Zustimmung gab, so geschah dies in Rücksichtnahme auf das Gesamtgewerbe, das unter Verfehlungen einzelner Glieder nicht leiden soll und nicht leiden darf. Allerdings betonte Kollege Döblin mit Entschiedenheit, daß die tariflichen Ausnahmen nur solchen Firmen vom Tarifamt zugestanden werden dürften, die nachweisbar durch Personalmangel verhindert seien, ihre Betriebsfähigkeit weiterhin aufrechtzuerhalten. Einseitige und willkürliche Durchbrechungen der tariflichen Bestimmungen würden auf der Gehilfenseite schärfsten Widerstand auslösen.

Die allgemeine Zustimmung, die die großzügigen Ausführungen Döblins bei den verantwortlichen Führern fanden, ließ ebensowenig wie die nachfolgende Aussprache einen Zweifel darüber aufkommen, daß die Gehilfenschaft entschlossen ist, die tariflichen Bestimmungen unter allen Umständen hochzuhalten. Der Hauptzweck etwa zu gewählender Ausnahmestimmungen müsse es bleiben, die Betriebe im Interesse beider Teile aufrecht zu halten. Der Ausnahmezustand dürfe nur so lange bestehen bleiben, bis die nötigen Ersatzkräfte vorhanden seien. Im übrigen zeitigte der weitere Verlauf der äußerst lebhaften Aussprache manchen Beweis dafür, zu welchen Folgen eine Verkennung der gewerblichen Schwierigkeiten führen könnte, und welche eigenartigen Zumutungen selbst unter den heute allgemein erschwerten Lebensverhältnissen von einzelnen Prinzipalen noch an ihre Personale gestellt werden.

Im engen Zusammenhange mit der infolge des Kriegs eingetretenen Erschwerung der gewerblichen Verhältnisse zog die Gauvorfseherkonferenz auch die diesjährige Tarifrevision in den Bereich ihrer Erörterung. Dabei wurden nach mehrfündigen, mit Ernst und Gründlichkeit geführten Beratungen die Richtlinien festgestellt, die dem Verbandsvorstande zur Einleitung der geeigneten Schritte dienen werden.

Danach ging die Konferenz zur Beratung spezieller Organisationsangelegenheiten über. Zunächst wurde Stellung genommen zur Abhaltung der nächsten Generalversammlung und zum Jubiläum des 50jährigen Bestehens unseres Verbandes am 20. Mai 1916. Die Danziger Generalversammlung hatte bekanntlich beschlossen, die nächste Generalversammlung als Jubiläumstagung in Leipzig, dem Gründungsorte des Verbandes, stattfinden zu lassen. Wie zahlreiche andre, so hat der unselige Krieg auch diese löbliche Absicht zunichte gemacht. Kollege Döblin wies mit vollem Rechte darauf hin, wie es in normalen Zeiten mit Freuden begrüßt worden wäre, wenn ein so wichtiger Zeitabschluß seine Fälligkeit gefunden hätte in einer entsprechenden Feier und mit der Abhaltung einer Jubiläumsgeneralversammlung des Verbandes. Unter den jetzt obwaltenden Umständen jedoch würden derartige Veranstaltungen nur zu einer Bedrückung werden. Immerhin brauche ein so wichtiger Tag, wie ihn das 50jährige Bestehen einer Arbeiterorganisation von der Größe und Bedeutung der unsrigen darstelle, nicht ganz lang- und klinglos vorüberzugehen.

Es dürfte sich vielmehr empfehlen, am Sonntag, dem 21. Mai, möglichst in ganz Deutschland der vor 50 Jahren erfolgten Gründung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Verammlungen zu gedenken. Um das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl mit den feldgrauen Kollegen neu zu beleben, plane der Verbandsvorstand, eine Sondernummer des „Korr.“ in verstärkter Auflage herstellen zu lassen und diese sämtlichen Gauen und Ortsvereinen zweckentsprechend zur Verfügung zu stellen. Außerdem soll der erste Band der von der Köblner Generalversammlung beschlossenen Verbandsgeschichte erscheinen.

Die Konferenz erklärte sich nach kurzer Aussprache mit der Verschiebung der Generalversammlung bis nach Schluß des Kriegs einmütig einverstanden, und billigte sämtliche Vorschläge und Anregungen des Verbandsvorstandes hinsichtlich des Verbandsjubiläums. Konstatiert wurde, daß in fast sämtlichen Gauen in Konsequenz des Beschlusses über die Verschiebung der Generalversammlung auch die Gaugänge ausfallen.

Den noch verbleibenden Rest des zweiten Verhandlungstages füllte ein kurzes Referat des Kollegen Döblin aus über eine Zusammenkunft im Reichstagsgebäude, an der neben Vertretern der deutschen und der österreichischen sozialdemokratischen Parteioptionen auch Vertreter der Gewerkschaften und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine teilnahmen. Es handelte sich dabei um die zukünftige Gestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, insbesondere um die Neugestaltung künftiger Handelsverträge zwischen den genannten Staaten. Weiter berichtete der Verbandsvorstande noch über den Verlauf einer Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften, die sich mit den jüngsten Vorgängen innerhalb der modernen Arbeiterbewegung beschäftigte. Mit Befriedigung konnte Kollege Döblin feststellen, daß man beginne, praktische Arbeiterpolitik zu treiben, und keinesfalls daran denke, einen Kurs fortzusetzen, den Regierungen einschlagen. Eine Gewerkschaft, die, wie z. B. die Buchdrucker, es verstanden hätten, den neutralen Standpunkt zu wahren, würden am leichtesten über den Konflikt hinwegkommen, der innerhalb der politischen Vertretung der Arbeiterenschaft ausgebrochen ist.

Der dritte Sitzungstag der Gauvorfseherkonferenz war in der Hauptsache der Erledigung von wichtigen Fragen des Unterstützungswesens und solcher verwaltungstechnischer Natur gewidmet. Unter den ersteren interessierte besonders die auf Vorschlag des Verbandsvorstandes erfolgte Wiederherstellung der vollen statutarischen Krankenunterstützung ab 30. Januar d. J. nach Leistung von 250 Beiträgen mit 1,40 Mk. pro Tag. Die im August 1914 gleichfalls erfolgte Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung bleibt jedoch aus schwerwiegenden Gründen auch fernerhin noch bestehen. Jede Änderung wurde als ein Sprung ins Dunkle bezeichnet, da niemand ermessen kann, wie sich die Lage des Arbeitsmarktes nach dem Abschlusse des Kriegs gestalten wird.

Gegenüber weitgehenden Wünschen der Gauvorfseher auf Erhöhung des vom Verbandsvorstande proponierten Zuschusses für außerordentliche Unterstützungen machte Kollege Eißler geltend, daß die Zahl der steuernden Mitglieder noch immer

im Abnehmen begriffen sei. Die Tragweite der dem Verbande durch die vom Militär zurückkommenden Mitglieder erwachsenden finanziellen Verpflichtungen lasse sich nicht übersehen. Und doch müsse gerade für die Heimkehrenden gesorgt werden, damit ihren Unterstützungsansprüchen an den Verband Genüge geleistet werden könne. Der von der Verbandsleitung bei Beginn des Kriegs bewiesene Weitblick in der Zuweisung der Familienunterstützung an die Gauen, Bezirke und Orte zeige sich immer deutlicher. Der Verbandsvorstand sei aber auch jetzt wieder bereit, einen Betrag in Höhe des früheren Zuschusses dazu bereitzustellen.

Die Gauvorsteher verschlossen sich denn auch der Beweisführung der Vorstandsvorsteher nicht und akzeptierten den zur Verfügung gestellten Zuschuss an die Gauen. Damit erreicht der aus Mitteln der Verbandskasse an direkten Zuschüssen für außerordentliche Unterstützungen an die Gauen verabfolgte Betrag die Summe von über 300 000 Mk. Rechnet man dazu noch die bis 30. September 1915 aus Gau- und örtlichen Kassen verausgabte Familienunterstützung in Höhe von rund 718910 Mk., so ergibt das bis jetzt schon eine Gesamtsumme von weit über einer Million an außerordentlichen Unterstützungsleistungen. Daneben benötigten noch die statufgemäßen Unterstützungen allein im ersten Kriegsjahre die respektable Summe von 5036 722 Mk.

Aus den vielen Fragen verwaltungstechnischer Art ragten solche hervor, die das düstere Gebiet der bedauernden Kriegsverlusten, namentlich die Anerkennung ihrer ferneren Mitgliedschaft, betrafen. Beinahe jeder Fall liegt hier anders und erfordert eine besondere Behandlung. Erst nach Abschluss dieser operativen Kriegszeit wird es möglich sein, allgemeingültige Beschlüsse in der erwähnten Richtung zu fassen. Auch an internationalen Verdrüßlichkeiten fehlte es bei den Verwaltungsfragen nicht. Erwähnt sei schließlich noch, daß angeregt und beschlossen wurde, mit den Vertretern der Gehilfen in der Berufsgenossenschaft in Zukunft engere Fühlung zu nehmen, um Schädigungen und kleinliche Schikanen von der Gehilfenschaft fernzuhalten. Mindestens sollen die Vertreter verpflichtet werden, von wichtigen Beratungsgegenständen der Berufsgenossenschaft rechtzeitig dem Verbandsvorstande Kenntnis zu geben.

Damit war die Tagesordnung der Gauvorsteherkonferenz im großen und ganzen erschöpft. Kollege Böblin ließ in seinem Schlussworte noch einmal alle Schwierigkeiten revue passieren, mit deren Bewältigung und Klärung sich die Konferenz zu beschäftigen hatte. Auch in Zukunft werde ein einiges Zusammenwirken aller Funktionäre nötig sein, um die Organisation den Interessen sämtlicher Mitglieder dienlich zu erhalten. Durch Einigkeit und Geschlossenheit werde es gelingen, der sich aufdringenden Schwierigkeiten Herr zu werden und durchzuhalten bis zum glücklichen Ausgange des Kriegs. In der Hoffnung, daß bis zum Wiederzusammenritte der nächsten Gauvorsteherkonferenz die Verhältnisse bessere geworden sein mögen, und daß dann nicht mehr mit Schmerz und Trauer auf viele Tausende unserer Kollegen geblickt werden muß, die Gesundheit und Leben in die Schanze zu schlagen gezwungen sind, schloß Kollege Böblin die außerordentlich arbeitsreiche und verantwortungsvolle Tagung. Möge die während ihrer Dauer entfaltete Tätigkeit dem Gesamtgewerbe und damit auch unserer Organisation zum Segen gereichen!

Hz.

□ □ □ Jahresrückblicke □ □ □

III. Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften.

Schwer lastet der Krieg auf unsern idealen Bestrebungen. Die bedrückte Lage der Kollegenschaft, wie sie durch die lange Dauer des Kriegs, durch die immer schärfer in die Krisen des einzelnen eingreifenden Steuerungsverhältnisse sich in wirtschaftlicher Beziehung und durch die erschütternden Verluste auf den Schlachtfeldern schmerzhaft äußert, ließ eine besonders freudige und erfolgreiche Arbeit nicht immer aufkommen. Namentlich die Einberufungen des ungedienten Landsturms in der letzten Hälfte des vergangenen Jahres brachte für viele unsern kleinen Vereinigungen zeitweilige Auflösung. Selbst Vereinigungen in größeren Städten mußten ihre Tätigkeit mehr oder minder

beschränken. Es fehlten nicht nur die Mittel, auch die erprobten Leiter und Lehrer haben zu den Fahnen eilen müssen, wohin die jungen lernenden Mitglieder schon längst geeilt waren. Von den 216 Vereinigungen, die dem Verband angeschlossen waren, haben etwa 50 ihre Tätigkeit gänzlich eingestellt oder waren zur Einschränkung gezwungen.

Da war es eine Freude, daß des öfteren die Funktionäre der Ortsvereine des Buchdruckerverbandes helfend einprangen. Entweder unterstützten sie die Vereinigungen durch finanzielle Mittel, oder sie übernahmen die Vereinsgeschäfte und erledigten die fachtechnischen Fragen in dem allerdings ebenfalls beschränkten Kreis ihrer Ortsvereinsversammlungen, wodurch auch der Bezug der „Typographischen Mitteilungen“ seinen ungehinderten Fortgang finden konnte. Diese blieben denn auch in dieser schweren Zeit das beste Bindemittel. Die Auflage ging weiter zurück: vor dem Kriege 23000, am Anfange des Jahres 15000 und am Ende desselben 11000. Anerkennenswert ist, daß eine Anzahl leistungsfähiger Vereinigungen ihre „Typographischen Mitteilungen“ in der früheren Anzahl weiter bezog, um ihren aus dem Felde hoffentlich bald zurückkehrenden Mitgliedern die unterdessen erschienenen Jahrgänge zu sichern. Auch der Verlag hat eine etwas höhere Auflage gedruckt, damit die Nachfrage nach dem Kriege befriedigt werden kann. Das erfordert allerdings jetzt schwere finanzielle Anstrengungen, zumal die Herstellung durch die ganz bedeutende Steigerung der Papierpreise und anderer Materialien sich wesentlich verteuert hat. Dafür hat der Vorstand der Deutschen Typographischen Gesellschaften die Genugtuung, sein Bemühen um den Fortbestand dieses Bildungsmittels von den Kollegen anerkannt zu sehen. Auch die andern Aufgaben unsrer Verbandes konnten ohne Schwierigkeit erfüllt und gefördert werden; die Ausgabe von Rundsendungen, von Manuskriptvorträgen, der Austausch der Neujahrskarten usw. haben rege Benutzung erfahren. Die Verlagsabteilung konnte sich allerdings nicht so entsalten wie vor dem Kriege; doch wurde immerhin ein leidlich guter Ablass erzielt, namentlich in den Urteilen für die Schriftschreiberkufe. Die Herausgabe des „Deutschen Buchdruckerkalenders“ für 1916 ließ die Sorge aufkommen, ob die Auflage von 5000 auch abgesetzt werden würde. Da kann mit Freude festgestellt werden, daß der Kalender für den allerdings ganz unzulänglichen Preis von 50 Pf. bei 10%, Bogenumfang sogar zu einem Nachdruck von 2500 Exemplaren kam; solch günstige Aufnahme hatte er bei unsern Kollegen gefunden, die ihn auch vielfach als Weihnachtsgabe an ihre früheren Mitarbeiter ins Feld sandten.

An Arbeit hat es somit im Kriegsjahre 1915 nicht gefehlt, und wenn wir mit einer gewissen Befriedigung zurückblicken können, so ist dabei nicht die Unterstützung zu vergessen, die wir von unsern angeschlossenen Kreis- und Vereinigungsvorständen, von den Funktionären des Verbandes, der Deutschen Buchdrucker sowie von unsern Mitarbeitern und von hilfsbereiten Kollegen gefunden haben. Ihnen Dank zu sagen, ist uns angenehme Pflicht.

Doch sei noch derjenigen Kollegen gedacht, die als frühere Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder jetzt Kriegsdienste tun. Sie können die Gewißheit hinnehmen, daß ihre Werke nicht verloren gehen. Weiterarbeiten und durchhalten sei uns oberste Pflicht! Von den 13500 Mitgliedern unsrer Verbandes der D. L. G. sind etwa 7100 zum Militär eingezogen, über 600 neue Mitglieder trafen in die Vereinigungen ein. Bis Ende vorigen Jahres beklagten wir 467 Kriegsopter. Trauernd stehen wir in den Gedanken an unsre dahingerafften Streiter, die für uns gekämpft, gelitten und gefallen sind und nun in fremder Erde ruhen. Schmerzhaft hat uns der erst kürzlich gemeldete Tod unsrer Kollegen Adolf Vogler berührt, der, einer der edelsten Menschen, für unsre idealen Bestrebungen viele Jahre selbstlos gearbeitet hat. Seit mehreren Jahren bekleidete er das Amt des Schriftführers im Vorstande des Verbandes der D. L. G.

So sind wir nun in ein neues Arbeitsjahr getreten mit der zusehends wachsenden Hoffnung, bald bessere, friedlichere Zeiten kommen zu sehen, die zur Entfaltung unsrer idealen Bestrebungen nun einmal notwendig sind.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Koblenz. Unsrer Jahreshauptversammlung wurde am 15. Januar abgehalten und war kaum von der Hälfte der Mitglieder besucht. Der Vorliegende Holbach erstattete den Jahresbericht und bedauerte lebhaft, daß durch die große Interesslosigkeit der Mitglieder einige Versammlungen im vergangenen Jahr ausfallen mußten. Durchschüttelt war nur ein Drittel erschienen, von der größten Druckerei am Orte das ganze Jahr hindurch nur zwei bis drei Mitglieder. Aufgenommen wurden im Berichtsjahre vier Kollegen. Auf dem Felde der Ehre fielen bis jetzt aus unserm Ort ebenfalls vier Kollegen. Steuerungsverordnungen gewährten die Firmen Mayer, Evangelisches Stift und Görres-Druckerei. Die Vorstandswahlen fanden insofern schnelle Erledigung, als der Gesamtvorstand auf Vorschlag wiedergewählt wurde.

Mgen. Am 15. Januar hielt die Mitgliederversammlung ihre diesjährige Versammlung ab. Nachdem der Vorliegende einige Karten aus dem Felde sowie Neujahrsgriße zur Kenntnis gebracht hatte, wurde die Abrechnung vom vierten Quartal 1915 sowie der Jahresbericht erstattet. Aus letzterem war zu entnehmen, daß von hier bis jetzt 23 Kollegen eingezogen sind, davon 12 verheiratete. Der Beitrag zur Driskasse beträgt 50 Pf.; dadurch wurde es möglich, für die verheirateten Kollegen in besonderer Form zu sorgen und außerdem 181 Mk. Unterstützung an die Frauen der eingezogenen Kollegen zu zahlen.

Seß. Am 15. Januar abgehaltene Hauptversammlung ehrte zunächst das Andenken unsres in Rußland gefallenen Kollegen Willi Engel, am sodann nach einigen Vereinsmitteilungen einen Vortrag unsres „Korr.“-Redakteurs Helmholz (Reipzig): „Aus der Zeit — für die Zeit“, entgegenzunehmen. Der Redner verstand es ausgezeichnet, in etwa fünfvierstündigen Ausführungen die jetzige erste Zeit in verschiedenster Beziehung, besonders aber auf dem beruflichen Gebiete, zu beleuchten. Lebhafter Beifall dankte ihm. Aus dem Jahresberichte des Vorstehenden sei einiges kurz erwähnt: Im verfloffenen Jahre haben wir sechs Kollegen auf den Schlachtfeldern verloren, zwei gerieten in Gefangenschaft und mehrere andre wurden durch Verletzungen außer Gefecht gesetzt. Zum Militär sind in diesem Jahre 34 Kollegen einberufen worden. An die Kollegen im Felde wurden zweimal Liebesgaben gesandt; ferner wurden Familienunterstützungen und Sterbegeldzuschüsse für gefallene Kollegen gewährt, wodurch die Käse sehr belastet und eine Beitragserhöhung notwendig wurde. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Unsr „Lariflichem“ hatte sich die Versammlung mit der Firma Baumann zu beschäftigen, die ihren Drucker in der Woche kaum zwei bis drei volle Tage beschäftigte und dementsprechend entlohnte, was einmütig beurteilt wurde. Zum Schluß seien die Mitglieder ermahnt, im neuen Jahr am Vereinsleben recht regen Anteil zu nehmen, wozu ja aller Grund vorhanden ist.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde lebenden Mitgliedern unsrer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Heinrich Struch, Paul Heinze und R. E. Wendi (Berlin), Oskar Erbe (Biebrich), Albert Reib (Eberfeld), M. Zehner (Emmendingen), Andreas Simon (Freiburg i. B.), Albert Schnepf (Karlsruhe i. B.), Eduard Suckale (Winterthur) und Hermann Decker (Zeulenroda); der letztere ist leider durch die Wirkungen eines Granatsplitters vollständig erblindet. Bis jetzt haben 1223 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Kriegs- und Steuerungsverordnungen. In Breslau bewilligte die Buchdruckerei Julius Koberdt & Co. dem Seberpersonal eine Kriegszulage von wöchentlich 1,50 Mk. — In Freiburg i. B. gewährte die Buchdruckerei der „Breslauer Zeitung“ (Inh. C. Groß) seit 1. Januar eine wöchentliche Zulage von 2 Mk. Die Gehilfen der Buchdruckerei Herder erhielten an Weihnachtchen eine einmalige Beihilfe von 25 Mk. und jene der Buchdruckerei Sch. Wuhmann zum gleichen Zeitpunkt abermals einen Zuschuß von 6 Mk.

Ein freigebiger Buchdrucker. Der „Regensburger Anzeiger“ brachte dieser Tage aus Deggendorf unter der Signatur „Ein edler Spender“ folgende Mitteilung, die wir ihrer Originalität halber den Lesern des „Korr.“ nicht vorenthalten möchten: „Einer von denen, die den schönen Satz: ‚Der Mensch sei edel, hilfreich und gut!‘ in Wirklichkeit beherzigen, ist wohl der Buchdrucker Siegmund Friedrich v. Schmuck von hier. Neben seiner schon oft bewiesenen öffentlichen Begehrtheit zu charitativen Zwecken darf besonders erwähnt werden, daß er dieser Tage zweien vom Felde kommenden verwundeten Kriegern seinen ganzen Wochenverdienst von 42 Mk. spendete mit den Worten: ‚Ihr habt ein volles Jahr für uns und auch nicht entbehren müssen, kann ich auch diesmal wenigstens entbehren.‘ Gab ihnen die Hand und empfahl sich. Der oben erwähnte brave Mann ist überhaupt ein eifriger Helfer im stillen verklärter Armer.“

Generalkommando und Druckfabriker. Zu unsrer Notiz „Vom Kriegsgeruch der Druckerchwärze“ in Nr. 150 v. J. ist berichtigend nachzutragen, daß die in jener Mitteilung in Frage kommende Generalkommandoüberführung fingiert war und die Redaktion des „Brandenburger Anzeigers“ einer groben Missifikation zum Opfer gefallen ist. Dies wird festgestellt durch eine Zusage des zuständigen Generalkommandos an die „Vollst. Zeitung“.

Erfolgreiche Tarifverhandlungen im deutschen Malergewerbe. Die im Reichsamte des Innern unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Caspar dieser Tage gepflogenen Verhandlungen über die Erneuerung des am 15. Februar d. J. ablaufenden Reichsarbeitsvertrages im Malergewerbe führten zu einem günstigen Abschluß. Im Laufe der eingehenden, mit größter Sachlichkeit geführten Verhandlungen vertrat die Vertretung der Gehilfenorganisation nachdrücklich auf die bestehende Verteuerung der Lebenshaltung, die besonders auf den Minderbemittelten, auf den Arbeitern, schwer lastet; weiter wurde auf die schon seither recht ungenügenden Lohnverhältnisse im Malergewerbe hingewiesen. Unsr Zugrundelegung der durchschnittlichen Jahreseinkommen der Malergehilfen und auf Grund andrer statistischen Materials konnte ferner darauf gelegt werden, wie schwer die Folgen des Kriegs auch auf den Arbeitern des Malergewerbes lasten. Die Unter-

nehmer machten dagegen ihre jetzige mißliche Lage geltend, sie wies auf die jetzige ungünstige Lage des Malergewerbes, auf die Materialteuerung, die Anfrischverbote für gewisse Außenarbeiten, das Fehlen von Kriegsaufträgen und besseren Renovationsarbeiten u. a. hin. Diese Angaben wurden im allgemeinen von den Vertretern der Gehilfen ebenfalls bestritten, wie deren Ausführungen von den Unternehmern. Schließlich wurde aber doch anerkannt, daß die allgemeine Steigerung eine Lohnerböhung für die Arbeiter rechtfertige. Nach siebenstündiger Verhandlung und nach vielen Bemühungen des Vertreters der Reichsregierung kam schließlich eine Einigung zustande. Danach erhalten — die Zustimmung der Organisationen vorausgesetzt — vom 1. März an alle Arbeiter des Malergewerbes in Städten mit neunstündiger täglicher Arbeitszeit eine Kriegsteuerzulage von 6 Pf., in Städten mit längerer Arbeitszeit von 5 Pf. pro Stunde. Die Zulage ist auf alle bisher gezahlten, auch mehr als den Mindestlohn betragenden Löhne zu zahlen. Neu in Arbeit tretenden Gehilfen ist mindestens der Tariflohn und die Steuerzulage zu gewähren. Die Tarife werden im übrigen bis 15. Februar 1917 verlängert. Wenn jedoch bis 31. Dezember 1916 mit einer der europäischen Großmächte noch kein Frieden geschlossen ist, so gilt die getroffene Abmachung bis 15. Februar 1918. Von dieser Bestimmung hat sich der Unternehmerverband das Rücktrittsrecht für den Fall vorbehalten, daß bei den kommenden Verhandlungen im Baugewerbe etwas anderes vereinbart werden sollte. Die Parteien sollen bis 14. Februar die Zustimmung ihrer Mitglieder oder Organisationsinstanzen einholen. Vom Verband der Maler wird zu diesem Zweck eine Generalsammlung einberufen. Zu den Verhandlungen war auch der westdeutsche Malerverband mit zugelassen, der seit 1913 keinen Tarifvertrag mehr anerkennt und, durch den Krieg begünstigt, sich auch jetzt beharrlich für die Erhöhung der Lohnerböhung voll zu zahlen. Der anwesende Vertreter dieser vom Unternehmerverbande seinerzeit wegen Tarifbruchs ausgeschlossenen Organisation erklärte, seinen ganzen Einfluß einzuwenden zu wollen, damit namentlich auch der Reichstarif und die früheren Schiedssprüche in vollem Umfang ebenfalls in Rheinland-Westfalen anerkannt und die vereinbarte Kriegsteuerzulage auch dort durchgeführt werden. Die offizielle Erklärung hierüber soll bis 28. Februar erfolgen. An den Verhandlungen nahmen von den Parteien elf Vertreter des Verbandes der Maler, zwei Vertreter vom christlichen Verband, einer vom kirchlich-dünckerischen Verbande, neun Vertreter des Unternehmerverbandes und je ein Vertreter vom Bunde deutscher Dekorationsmaler und des Westdeutschen Malermeisterverbandes teil.

Allgemeine Steuerzulage im Steinfelegewerbe. Vom Reichsverbande der Unternehmer im deutschen Steinfelegewerbe sind auf entsprechende Anträge der organisierten Steinfeleger einheitliche Lohnverbüßungen als „Kriegszulage“ genehmigt worden. Die Zulage beträgt einheitlich 10 Proz. der tariflichen Lohnhöhe; sie tritt in den Gebieten, in denen der Tarif gekündigt wurde, am 1. Februar, in den andern Gebieten am 1. April in Kraft und hat Geltung für die Dauer des Kriegs und sechs Monate nach seiner Beendigung. Die Zulage, die im Durchschnitt 7 1/2 Pf. für die Stunde beträgt, kommt somit auch den Tausenden von Berufsangehörigen zugute, die jetzt noch draußen in den Schützengräben sind. Gefordert waren ursprünglich 20 Proz. Da aber für den größeren Teil der Tarifgebiete wegen der Ungunst der Verhältnisse keine Forderungen gestellt worden waren, so kann die allgemeine Regelung auf 10 Proz. immerhin als ein günstiges Ergebnis bezeichnet werden.

Von der „Volksfürsorge“. Die Organisation der „Volksfürsorge“ ist jetzt in fast allen Rechnungsstellen neu aufgebaut und auf den Kriegstand eingerichtet. In die Lücken der kriegsbeschäftigten und eingezogenen Funktionäre sind militärfreie Kollegen oder Frauen eingetreten. Neben zahllosen Vertrauensleuten mußten 458 Rechnungsführer ersetzt werden. In 26 Rechnungsstellen werden jetzt die Geschäfte durch Frauen geführt. In 38 weiteren Rechnungsstellen wurde während der Dauer des Kriegs der eigene Betrieb aufgegeben und ihr Bestand benachbarten größeren Rechnungsstellen angegliedert, so daß von den bei Ausbruch des Kriegs eingerichteten 529 Rechnungsstellen noch 491 in Betrieb sind. Die Einkassierung der Prämien wird an mehreren Orten ausschließlich durch Frauen ausgeführt. Nach Vollendung dieser Kriegsorganisation wird eine stärkere Werbedeutsamkeit für die „Volksfürsorge“ wieder möglich sein. Der Einwand, daß die Verhältnisse an einzelnen Orten für neue Versicherungen nicht günstig seien, ist nicht stichhaltig. Denn die privaten Versicherungsgesellschaften berichten überall von guten Resultaten des Neugeschäfts. In allen Industrien, die Kriegsaufträge haben, in der Eisen- und chemischen Industrie, im Bergbau und einigen andern Berufen schließen Tausende von Arbeitern neue Versicherungen ab. Es kommt nur darauf an, sie darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich bei der „Volksfürsorge“ versichern. In dieser Aufklärung mitzuwirken, ist eine dankbare Aufgabe für alle Fremde unserer gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherungsgelegenheit.

Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln und Gemüse. Da viele deutsche Produzenten der wichtigsten Nahrungsmittel in immer stärkerem Maße das Bestreben haben, die von Deutschlands äußeren Feinden betriebene Abschneidung vom Weltmarkt in ihrem Interesse ohne Rücksicht auf die Not der unermittelten Verbraucher auszunutzen, was nach Ansicht theoretischer Wirtschaftspolitiker nur dem wichtigsten Grundprinzip der bekannten „bewährten“ privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ent-

spricht, sind dieser Lage die Höchstpreise für Kartoffeln und Gemüse abermals erhöht worden. Die Erhöhung der Kartoffelpreise beträgt 1,25 Mk. oder 45,4 Proz. des bisherigen Preises. In halbamtlichen Kommentierungen wird behauptet, diese Preiserhöhung von 2,75 Mk. auf 4 Mk. für den Senker Kartoffeln (als Produzentenpreis) sei keine höhere Belastung der Konsumenten; da bis auf weiteres Staat und Gemeinden diese Mehrbeträge auf ihr Konto nehmen wollen. Daß aber diese öffentlichen Mittel schließlich doch wieder auf dem Wege der Steuerlast irgendwo herausgepreßt werden müssen, liegt auf der Hand. Und bei der bekannten Zurückhaltung jener Kreise und Instanzen, die bei der Fabrikation der Steuergebote maßgebenden Einfluß haben, dürften auch diese Lasten kaum den höheren Einkommensstufen übertragen werden. Die Kartoffelkonsumenten geraten also auf diesem Wege ohne ihren Willen in die Rolle eines Vorhutempfangers aus öffentlichen Mitteln, und zwar um so mehr, je größer das Quantum Kartoffeln, das sie mangels anderer Nahrungsmittel zu essen genötigt sind. Es sind also Wechsel auf die Zukunft, die durch diese neue Regelung der Kartoffelhöchstpreise von der Reichsregierung mit Rücksicht auf die politische Resistenz der Landwirtschaft ausgestellt werden. Es soll dadurch lediglich erreicht werden, daß die Zurückhaltung der Kartoffelvorräte vom Markt aufhört. Ob dieses Ziel erreicht wird, bleibt noch abzuwarten. Die „Vaterlandsliebe“ vieler Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird dadurch wieder auf eine interessante Probe gestellt. Die Arbeiterkraft wird sicherlich dieser Entwicklung der Dinge die größte Aufmerksamkeit schenken und nicht veräumen, daraus die entsprechenden Lehren für ihr eigenes Verhalten in wirtschaftspolitischen Fragen ziehen. Das gleiche gilt auch für die Erhöhung der Gemüsepreise. Eine Gegenüberstellung der früheren und der am 27. Januar erhöhten Preise für die zur jetzigen Zeit am meisten gebrauchten Gemüsesorten ergibt nach der Anordnung, daß die eingeklammerten Zahlen den früheren Preis bedeuten, folgendes Bild: Beim Verkaufe durch den Erzeuger oder Hersteller an den Handel dürfen ab nächster Verladestelle (Bahn oder Schiff) für 50 kg beste Ware in Mark nicht überschritten werden: Für Weißkohl (Weißkraut) 4,00 (2,50), Rotkohl (Blaukohl) 6,50 (4,50), Wirsingkohl (Savonerkohl) 6,50 (4,50), Grünkohl (Braun- oder Krauskohl) 6,00 (3,00), weiße Kohlrüben 2,50 (2,50), gelbe Kohlrüben 3,50 (2,50), weißfleischige Mohrrüben (sogenannte Pferdemböhren) 3,00, rotfleischige Speisebohnen 5,00, kurze rotfleischige Karotten 8,00 (5,00), Zwiebeln 10,00 (6,00) und Sauerkraut (Sauerkohl) 12,00 (12,00). Für Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher dürfen für ein Pfund (0,5 kg) in Pfennigen nicht überschritten werden: Für Weißkohl (Weißkraut) 7 (5), Rotkohl (Blaukohl) 11 (7), Wirsingkohl (Savonerkohl) 11 (6), Grünkohl (Braun- oder Krauskohl) 9 (6), weiße Kohlrüben 4 (5), gelbe Kohlrüben 6 (5), weißfleischige Mohrrüben (sogenannte Pferdemböhren) 5 (8); rotfleischige Speisebohnen 8 (8); Karotten (auch gelbe Rüben genannt) 11 (8), Zwiebeln 20 (15) und für Sauerkraut (Sauerkohl) 16 (16). Diese Kleinhandelshöchstpreise gewinnen jedoch erst Geltung durch Festsetzung der Gemeindebehörden, die dabei jedoch darunter bleiben, aber nicht darüber gehen dürfen. Gemeinden von 10000 Einwohnern an sind verpflichtet, Höchstpreise festzusetzen.

Haushaltungen und Erwerbstätige. Am 1. Dezember 1910 wurden im Deutschen Reich 14346692 Haushaltungen gezählt, die 64,9 Millionen Menschen umfassen. Haushaltungen einzelner Personen waren 1045143 darunter mit ebenso vielen Personen. Außerdem gab es 63312 Anstalten mit 2115785 Personen. Auf eine Familienhaushaltung kamen 4,7 Personen. Die Zahl der Erwerbstätigen wurde 1907 durch die Berufszählung ermittelt. Damals wurden 27,22 Millionen Erwerbstätige gezählt, einschließlic der Dienenden, die etwas über eine Million ausmachten. Wenn wir nun etwas über 13 Millionen Familienhaushaltungen annehmen, so ergibt sich, daß im Durchschnitt auf jede Familie etwa zwei Erwerbstätige kommen. Am 1. Dezember 1910 wurden 20,86 Millionen Personen unter 14 Jahren gezählt, die als Erwerbstätige durchschnittlich nicht in Betracht kommen dürfen. Zieht man diese Summe von der Gesamtheit der Bevölkerung ab, so verbleiben 44,06 Millionen Menschen, aus denen sich die Erwerbstätigen rekrutieren. Diese vermindern sich zunächst um die Beruflosen in Höhe von etwas über 5 Millionen auf rund 39 Millionen. Da 1907 etwas über 27 Millionen Erwerbstätige gezählt wurden, so verbleiben unter Berücksichtigung, daß die Zählung der Haushaltungen zweieinhalb Jahre später vorgenommen worden ist, etwa 11 Millionen Personen, die außer den Kindern ohne Erwerbstätigkeit in den Haushaltungen leben. In den 13 Millionen Haushaltungen mit etwa 60 Millionen Menschen gliedert sich die Zusammenlegung schematisch etwa wie folgt:

insgesamt	Personen	pro Familienhaushaltung
Erwerbstätige . . .	rund 28 Millionen	2,2
Kinder	„ 21	1,6
Sonstige Angehörige	„ 11	0,7

Es handelt sich hier selbstverständlich nur um einen ungefähren Durchschnitt, der aber eine Vorstellung davon geben kann, daß die Anziehung, als ob das Einkommen einer Haushaltung nur aus dem Einkommen eines Erwerbstätigen fließe, durchaus irrig ist. In einzelnen können die Verhältnisse von diesem Durchschnitt sehr stark abweichen. So geht z. B. in der Landwirtschaft die Zahl der Erwerbstätigen innerhalb einer Haushaltung sehr stark über den Durchschnitt hinaus. Wir kennen diese Tatsache zwar nicht aus der Haushaltungstatistik, aber die Berufsklassifikation ergibt diese Schlussfolgerung. In der Landwirtschaft betragen nämlich die Erwerbstätigen, Dienenden und

Angehörigen zusammen 17,68 Millionen Köpfe, die Selbstständigen 2,5 Millionen, die mithelfenden Angehörigen aber 3,89 Millionen. Die Angehörigen unter 14 Jahren machen eine Gesamtzahl von 5,7 Millionen, während die Angehörigen mit 14 Jahren und darüber nur 1,9 Millionen Köpfe ausmachen. Diese Summe ist im Verhältnis zur Gesamtzahl dieser Angehörigen überhaupt, die etwa rund 11 Millionen Köpfe ausmachen, sehr niedrig.

Versehene Eingänge.

„Lohnbuch für das Jahr 1916 zu Steuerzwecken.“ Von S. Wolfframm. Als Grundlage zur Steuererschätzung für das Jahr 1918. Zur Anwendung gemäß der im sächsischen Einkommensteuergesetz gemachten Vorschriften. Preis 30 Pf. Verlag von S. Wolfframm in Leipzig, Steinstraße 42.

„Für Alle Welt.“ Kriegsnummern 33—35. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 40 Pf. Zu beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Bong & Co. in Berlin, Leipzig und Stuttgart.

Briefkasten.

M. N. in St.: Besten Dank! — U. St. aus C.: Wenn Sie diese „Gesundkur“ den saumfertigen Lesern des „Korr.“ nur aus diesem Grunde wünschen, mag es sein; es haben schon viele Bekennnisse der Besserung von draußen ihren Weg zu uns gefunden. — Fr. Dr. aus L.: Diese Verstimmlung wird inzwischen gewichen sein und nun „immer feste druff“; wenn besagtes Instrument in Ordnung ist, kann der Mensch allen Unwirksamkeiten trotzen. Frdl. Gruß! — S. W. D. in D.: Warum denn diese Ungebild? Das kann nur mitgemacht werden, wenn die Sache bis dahin vorgetragen ist, was etwa Mitte Februar der Fall sein wird. — Fr. N. in D.: Eine wertvolle Ergänzung. Beiden Hüpflingen herzlichen Gruß! — U. St. aus S.: Dieses Land wird doch nun bald so bekannt sein wie die Kaffeeneinteilung. München aber trotzdem baldige Beendigung dieser Rundreisen und grüßen in diesem Sinne bestens. — G. Sch. in Mühlhausen i. Thür.: Es soll etwas daran sein. Gruß. — U. St. in Hannover: Jahresberichte veröffentlichen wir nicht. Zwecks anderweiter Verwendung (etwa für den Gaubereich) steht Ihnen das Manuskript zur Verfügung. — M. G. in S.: Beide Sendungen eingegangen. Werden nun folgende Fortsetzung der „Streiflichter“ lieber unterbrechen und zwei Artikel unserer beiden Hauptmitarbeiter vorwegnehmen. — D. B. in N.-Str. und M. Cl. in Pf.: Ist noch vor Loresschiff gekommen. Dank und Gruß! — S. W. Schl.: Sei leinet noch! Bestimmerns aber groß, wie die Lücke bei späterer Gelegenheit ausgefüllt werden soll. Annehmbare Vorschläge werden erwartet; jedoch nicht wieder Warnungen damit verknüpfen, sonst geht Sache abermals schief. Servus! — R. U. in B.: Nach einem bekannten Sprichwort wird es nach alter Weise verurteilt. Frdl. Gruß! — C. St. in D.: Es liegt in dieser Frage schon eine ganze Reihe von Urteilen vor, teils für, teils gegen. Das Leipziger Kaufmannsgericht hat z. B. in allen Fällen bis jetzt ablehnd entschieden. — U. St. in Dresden: 2,30 Mk. — S. St. in Zwickau: 3,05 Mk.

□ □ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 191.

Nürnberg. Dem Sekret Wilhelm Lenz aus Stuttgart (Hauptbuchnummer 27920), von hier abgereist am 22. Januar 1916, sind aus Versehen im Verbandsbuche 18 Beiträge quittiert worden, während er hier nur 17 geleistet hat. Wir bitten, dies ändern zu wollen und dafür unter bezogene Arbeitsloienunterstützung unter Nürnberg den Eintrag machen zu wollen: 17. und 18. September 1915 = 2 Tage, 9. bis 13. Januar 1916 = 5 Tage.

Adressenänderungen.

Wethensfels. Kassierer: Max Reibel, Katharinenstraße 30 III.
Mühlhausen i. Th. Stellvertreter des Vorsitzenden: Wilhelm Gebner, Bollstedter Gasse 9.

Bekanntmachung.

Ein langjähriges Mitglied des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker, der Gehilfenvertreter für den IV. Tarifkreis

Herr Karl Fritze in Stuttgart

ist nach langer, schwerer Krankheit, die ihn schon vor Jahren zum frühzeitigen Rücktritt von seinem Amte gezwungen, verstorben.

Die Mitglieder des Tarifausschusses beider Parteien haben den Verstorbenen als einen angenehmen, selbstigen und vor allem durchaus sachlichen Mitarbeiter schätzen gelernt, dem die Tariffache förmlich ans Herz gewachsen war und zu deren Förderung der Verstorbene zu allen Zeiten sein redlich Teil beigetragen hat. Er war uns allen ein lieber Berufsgenosse und treuer Kamerad, den wir stets in bestem Gedächtnis behalten wollen!

Berlin, 27. Januar 1916.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

S. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

